

www.kpoe-steiermark.at

Volksstimme

STEIRISCHE

Ausgabe 2, März 2011 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der steirischen **KPÖ**

Wir sind arm

Land plant 25%ige Kürzungen



Ein Jahr Wolfgang Feigl-KPÖ: im Weizer Gemeinderat. Als Obmann des Prüfungsausschusses sorgt er für Kontrolle in der Stadt. Als Ökostromexperte und langjährige Warner vor den Gefahren der Kernenergie meint Feigl nach der japanischen Atomkatastrophe: „Jetzt müssen sich auch bei uns Alternativen zum Atomstrom durchsetzen!“

Kontakt-Tel. 0664 39 555 14
E-Mail: w.feigl@weizsolar.at



foto flickr cc. bärcchen75

Die kalten Tage sind endlich vorbei, der Frühling hat pünktlich Einzug gehalten. Während die dicken Brummer aus dem Vollen schöpfen können, blühen den Steirerinnen und Steirern weniger bunte Aussichten. Das Landesbudget bringt besonders für Klein- und Normalverdiener noch nie dagewesene Härten.

-25%

**Es reicht!
Für alle.**

**Fair teilen,
statt kürzen.**

DEMONSTRATION
gegen das Landesbudget
Freitag, 25. März 2011, 15:00 Uhr
Treffpunkt: Südtirolerplatz, Graz
www.plattform25.at

Noch weniger für Arme: Sozialwesen wird ausgehungert

KPÖ-Labg. Claudia Klimt-Weithaler: „Die Kürzungen im Ressort von LH-Stv. Schrittwieser werden katastrophale Auswirkungen auf die soziale Situation in der Steiermark haben. Es ist zynisch, von notwendigen Einsparungen zu reden, solange es weiterhin jährliche Steuergeschenke in Millionenhöhe für die Reichen gibt. SPÖ und ÖVP haben das Land in die Schuldenfalle geführt. Bezahlen soll die Bevölkerung in der Steiermark. Von der Reichensteuer, mit der LH Voves Wahlkampf gemacht hat, ist keine Rede mehr.“



LEBI GLEISDORF

LEBI-LADEN
Lebensmittel billiger!

Franz-Josef-Straße 2, Gleisdorf
Öffnungszeiten Mo-Fr 9-14 h und Sa 9-13h

„Versorgen statt entsorgen“
Überflüssige Lebensmittel werden nicht weggeworfen, sondern werden – solange ihre Qualität gewährleistet ist – im LEBI-Laden Gleisdorf billiger zum Verkauf angeboten.

Keine Einkommensprüfung!

NEUES AUS DER
WALDHEIMAT

Der Wildschütz.

Das Volk der Alpen hat eine Menschengattung in sich erhalten, die das kommunistische Prinzip recht praktisch durchzuführen weiß — die Wilderer. „Gott hat die Tiere des Waldes für alle erschaffen!“ lautet ihr erster Grundsatz, der freilich schon durch den zweiten gefährdet wird: „Nicht für die Reichen, sondern für die Armen ist das Wild gewachsen.“ Zum Glücke wird dieses Prinzip nicht auch etwa auf den Wald, auf das Feld, auf das Metall in der Erde Schoß ausgedehnt, denn dazu reicht weder der Gedanke, noch weniger die Macht unserer alpinen Kommunisten.

Peter Rosegger, „Die Äpler in ihren Wald und Dorftypen geschildert“, Leipzig 1902. Kapitel „Der Wildschütz“.

„Als Reaktion auf die Versäumnisse und Verschwendungssucht im Privatsektor, die die Krise ausgelöst hatten, wird jetzt die Sparsamkeit im öffentlichen Sektor verlangt“

Josef Stiglitz (Nobelpreisträger)

KLEIN,
ABER MIT BISS



Vor zehn Jahren wurde gegen die böse schwarz-blaue Regierung in Wien protestiert. Aber eine schwarz-blaue Regierungsmehrheit mit rotem Landeshauptmann ist ja noch grauslicher!

BELASTUNGSBUDGET DER LANDESREGIERUNG –

Roter Landeshaupt schwarz-blauer

Der Begriff „Reform“ hat sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Statt Verbesserungen signalisiert das Wort neuerdings Verschlechterungen. Die „Reformpartnerschaft“ von SPÖ und ÖVP in der steirischen Landesregierung ist eine gefährliche Drohung.

Landeshauptmann Franz Voves und sein Stellvertreter Hermann Schützenhöfer haben das Budget für die kommenden beiden Jahre präsentiert. Massive Kürzungen im Sozialbereich sind vorgesehen.

Reichensteuer vom Tisch

In den nächsten beiden Jahren sollen rund 25 Prozent des Landesbudgets „eingespart“ werden. Zuvor wurde über Jahrzehnte viel Geld verschwendet, gemeinsam

häuften SPÖ und ÖVP einen riesigen Schuldenberg an. Die im Vorwahlsommer von Voves wirkungsvoll propagierte Reichensteuer ist vom Tisch und von einnahmeseitigen Maßnahmen zur Haushaltsanierung ist keine Rede mehr.

Stattdessen soll das Sparpaket der Landesregierung zu Lasten der Sozialhilfeempfänger, der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen, der Kulturschaffenden und vieler anderer gehen.

Der erst vom vorherigen Landtag abgeschaffte Regress wurde gegen den massiven Widerstand der KPÖ bereits wieder eingeführt. Angehörige (Eltern für Kinder und umgekehrt) werden ab einem Einkommen von 2.500 Euro für die Kosten der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS), die im Gegensatz zur Sozialhilfe nur 12mal statt bisher 14mal ausgezahlt wird, und die Heimpflege zur Kasse gebeten.

Dafür musste auf Bundesebene mit Zustimmung von Sozialminister Rudolf Hundstorfer eine eigene Ausnahmeregelung getroffen werden, weil die Mindestsicherung an sich keinen Regress vorsieht.

K P Ö -
Vorsitzende

Claudia Klimt-Weithaler: „Jetzt auf Kosten der Bevölkerung zu sparen, im sozialen Bereich, im Gesundheitsbereich, im Bildungsbereich, da sagen wir nein, das ist absolut nicht möglich. Wir wünschen uns, dass man sich einmal überlegt, wie man zum Beispiel größere Vermögen und Gewinne höher besteuert.“ Auch wenn die Zuständigkeit dafür Bundessache ist, sieht Klimt-Weithaler eine Zuständigkeit auf steirischer Seite: „Die ÖVP und die SPÖ haben ihre Leute auch im Bund sitzen. Da kann man miteinander reden.“

Tausende Arbeitsplätze werden vernichtet

Die Behindertenvereine befürchten angesichts der Kürzungen massive Einschnitte: „Alles, was das Land Steiermark derzeit im Behindertengesetz finanziert, geht zu 75 Prozent in Personal. Wenn Größenordnungen von 15 bis 20 Prozent gekürzt werden sollen, dann heißt das, es fällt Personal weg, und damit fällt direkte Unterstützung für Menschen mit Behinderung weg. 15 bis 20 Prozent werden wahrscheinlich 800 bis 1.000 Arbeitsplätze sein. Hier müssen sich die Menschen berechtigt Sorgen machen,“ erklärte Franz Wolfmayr vom Dachverband der steirischen Behindertenhilfe.

Ein Bereich, der sich für Einsparungen anbietet, sind Events und Renommierprojekte, die sich als Fehlinvestitionen und Millionen-Gräber erwiesen haben.

Völlig unklar ist bisher, ob und wie der Sparstift im Bereich der Politikereinkom-

es reicht!
für alle.



Fair teilen statt kürzen

ZORN IN DER STEIERMARK

mann mit
Mehrheit

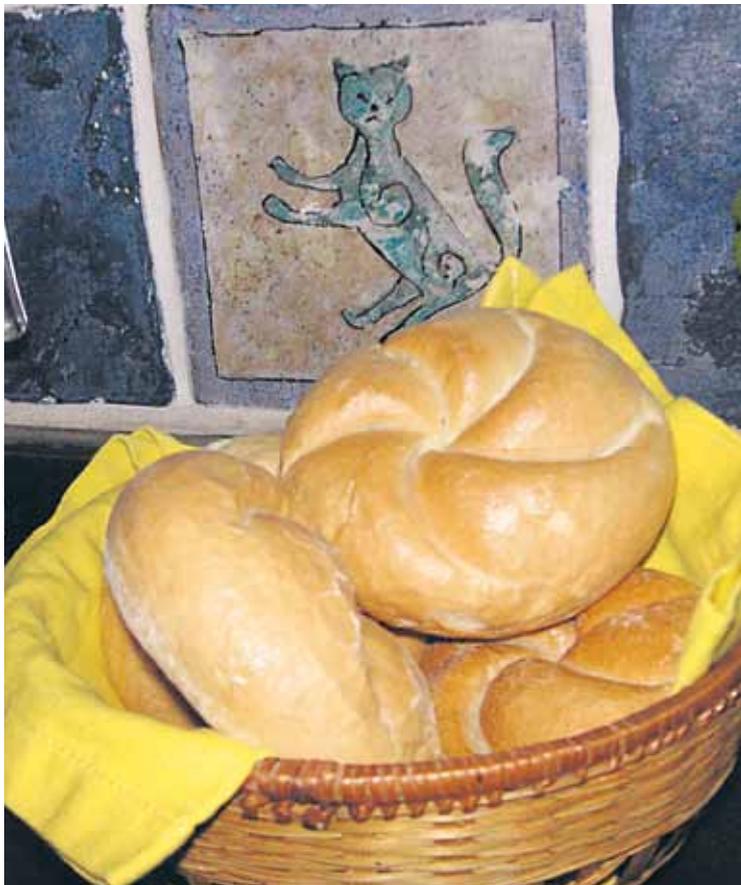
men angesetzt wird. Wenn die Landesregierung schon gesteigerte Sparwut an den Tag legt, sollte sie wenigstens mit gutem Beispiel vorangehen. Verschont bleibt wieder einmal die Glücksspielbranche: Sie erhält weiterhin bis zu 40 Mio. Euro jährlich an Steuer geschenken.

So jedenfalls provoziert die Landesregierung Tage des

Zorns in der Steiermark.

Es reicht! für alle

Am 25. März 2011, 15 Uhr findet in Graz eine Großdemonstration der Plattform 25 statt, die von über 370 steirischen Vereinen und Organisationen getragen wird. Treffpunkt ist der Grazer Südtirolerplatz, es geht über das Landhaus zum Hauptplatz.



Inflation: Vor zehn Jahren kostete eine Semmel 1,50 Schilling. Heute verlangt man 32 Euro-Cent, umgerechnet 4,40 Schilling. Während die offizielle Geldentwertung durch statistische Tricks auf 2 Prozent gedrückt wird, liegt sie beim realistischen „kleinen Warenkorb“ bereits bei 5 Prozent.

Gerade Dinge, die unmittelbar zum Leben gebraucht werden wie Wohnung oder Energie, steigen unverhältnismäßig im Preis. Nach Berechnungen der Armutskonferenz können es sich 330.000 Österreicherinnen und Österreicher nicht leisten, ihre Wohnung im Winter entsprechend zu heizen.

MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
Landtagsabgeordnete
der steirischen KPÖ

**Sozialabbau:
Eine Zumutung!**

Die Landesregierung will im April ein Budget beschließen, bei dem es zu dramatischen Kürzungen kommt. Kaum ein Bereich bleibt verschont, treffen wird es den Großteil der Steirerinnen und Steirer. Während für Prestigeprojekte und medienwirksame Spektakel ohne mit der Wimper zu zucken Millionen Euro ausgegeben werden, ist die Landesregierung fest dazu entschlossen, im Gesundheits-, Bildungs-, Jugend-, Kultur- und Sozialbereich zu sparen. Bereits im Jänner dieses Jahres hat Finanzlandesrätin Vollath verkündet: „Wir haben in den vergangenen Jahren die Butter zu dick aufs Brot gestrichen, nun muss sie wieder heruntergekratzt werden!“ Nun wird die Wohnbeihilfe gekürzt, der Gratiskindergarten abgeschafft, die Beihilfe für Pendlerinnen und Pendler gestrichen, Lernbetreuung und Entwicklungsförderung für behinderte Kinder fallen dem Sparstift ebenso zum Opfer, wie die Förderungen für Wohnhaussanierungen, und das sind nur ein paar wenige Beispiele für Landesrätin Vollaths „zuviel Butter“. Die Betroffenen wissen: Das war nicht zu viel Butter, das war das Brot!

Der Großteil der Bevölkerung hat schon einen hohen Preis für die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre zahlen müssen und jetzt soll auch noch der Steirische Landeshaushalt auf Kosten jener saniert werden, denen es ohnehin schon schlecht geht!

Diese Kürzungen werden letztendlich katastrophale Auswirkungen auf die Steiermark haben. Abgesehen von den gestrichenen Leistungen werden auch unzählige Arbeitsplätze verloren gehen. Es ist zynisch von „notwendigen Einsparungen“ zu reden, solange gleichzeitig 150 Millionen für die WM in Schladming unhinterfragt bleiben und solange es weiterhin jährliche Steuer geschenke in Millionenhöhe für die Glücksspielindustrie gibt! Den Steirerinnen und Steirern sagen „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“ und parallel dazu die Entschädigung für alle Aufsichtsräte zu erhöhen, ist geschmacklos!

Ein mutiger Schritt wäre es, endlich eine sozial gerechte Besteuerung großer Vermögen und Finanztransaktionen einzuführen! Statt durch Massensteuern und Gebührenerhöhung den Druck auf Klein- und MittelverdienerInnen zu erhöhen, muss das Geld dort geholt werden, wo es im Überfluss vorhanden ist – wie es der Landeshauptmann im Wahlkampf versprochen hat.

Wir lassen uns das nicht gefallen! Deshalb werden wir am Freitag, 25. März 2011, eine Protestkundgebung abhalten. Treffpunkt ist um 15 Uhr am Südtirolerplatz. Wir hoffen auf zahlreiche Teilnahme, denn nur gemeinsam können wir etwas erreichen!

Claudia Klimt-Weithaler
0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



Aus dem
Steiermärkischen
Landtag

Die SPÖ hat sich von ihren Kinderförderplänen verabschiedet. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist auf Eis gelegt. Die Kindergartengebühren, erst vor wenigen Jahren abgeschafft, kommen wieder.

GRATIS KINDERGARTEN WIEDER WEG Was wird jetzt mit den Kindern?

Klimt-Weithaler über den Schwenk der SPÖ: „Dass die SPÖ diesen Antrag abgelehnt hat, zeigt, dass sie ihre bildungspolitischen Ziele im Bereich der Kinderbetreuung nie ernst genommen hat. In Anbetracht der österreichischen bildungsmiere ist dieses Verhalten eine Schande, denn Bildung beginnt bekanntlich vor der Schule.“

Gebühr kommt

Klimt-Weithaler erinnert daran, dass neben dem nun von der SPÖ bestätigten



foto flickr cc spried

Ausbaustopp im Bereich der Kinderbetreuung auch die Wiedereinführung von Kin-

dergartengebühren für 30.000 Kindergartenkinder ins Haus steht.

Eine Hiobsbotschaft für Eltern von Kleinkindern: Die SPÖ stoppt den Ausbau der Kinderbetreuung. Für Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) ein Irrsinn: „Der SPÖ-Schwenk ist eine bildungspolitische Katastrophe.“

Mit einer Überraschung endete die Abstimmung den Antrag der KPÖ zum den Ausbau von Kinderkrippen und Kindergärten für 3- bis 6jährige. Die SPÖ stimmte gemeinsam mit der ÖVP gegen ihre eigenen bildungspolitischen Grundsätze. FPÖ und Grüne unterstützten den Antrag der KPÖ.

KPÖ-Abgeordnete Claudia

HOHE REPRÄSENTATIONSKOSTEN

Sparen geht anders: 1,4 Mio für Pomp und Trara

Die Landesregierung gab 2009 mehr als 1,4 Mio Euro für „Repräsentationskosten“ – sprich Brötchen, Sekt, Werbung – aus. FPÖ-Landesrat Kurzmann verprasste in wenigen Wochen mehr als 25.000 Euro.

Außerplanmäßig heißen die Ausgaben für Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung offenbar nicht umsonst. Denn stolze 1,4 Mio. Euro haben sich die Landesräte und LH Franz Voves 2009 für Brötchen und Werbung gegönnt. Fast doppelt so viel, wie im Budget dafür vorgesehen war, ärgert sich KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg. Er stellte im Landtag einen Antrag auf Kürzung dieser Ausgaben um mehr als ein Drittel, also immer noch rund 900.000 Euro. Aber das war SPÖ und

ÖVP zu wenig. Die beiden Regierungsparteien stimmten geschlossen für den Erhalt des „Brötchengeldes“.

„Die Repräsentationsausgaben der Regierungsparteien sind ein Schlag ins Gesicht der Steirerinnen und Steirer. Die Regierung nimmt alle Errungenschaften der Vergangenheit zurück und saniert das Landesbudget vor allem durch den Abbau von sozialen

Leistungen. Die Repräsentationsausgaben bleiben aber unangetastet, obwohl es hier ein echtes Einsparungspotenzial gibt“, so Murgg.

Besonders pikant ist, dass Neo-Landesrat Gerhard Kurzmann gleich zu Beginn seiner Amtszeit offenbar ordentlich auf den Putz haute. Rund 25.000 verprasste der FPÖ-Mann in den ersten paar Wochen seiner Amtszeit.



AUS DEM INHALT

Aus dem Landtag	4/5
Mindestsicherung	6
Sozial-Richtsätze	7
Unterschriftenaktion	7
Schwarze Verträge	8
KPÖ legt Gehälter offen	9
Wenige Geld für Arbeit	10
Aus dem Land	11 - 14
Mieterberatung	15
Suchtbericht zensuriert	17
Kinderurlaub in Kärnten	19
Impressum	22
25.3. Demo-Aufruf	24



foto flickr cc kaswenden

Für Repräsentationsausgaben ist immer noch viel Geld vorhanden.

LANDESTANKSTELLEN ENDLICH AUFSPERREN !



foto flickr cc badischeztg

Kärnten und Burgenland haben ihre Landestankstellen geöffnet, um die Treibstoffpreise ein wenig zu drücken. In der Steiermark wird dies vom Verkehrslandesrat unter fadenscheinigen Ausreden verweigert.

SCHRITTWIESER STREICHT AUCH DIE PENDLERBEIHILFE !

Aufstand gegen teuren Sprit

Seit Monaten stöhnen die Steirerinnen und Steirer unter extrem steigenden Benzin- und Dieselpreisen. Während sich die Mineralölkonzerne und der Finanzminister über fette Zusatzeinnahmen freuen, wissen Pendlerinnen und Pendler nicht mehr, wie sie sich die Fahrt zur Arbeit finanzieren sollen.

Stattdessen werden die Autofahrer von den Konzernen mit einem täglichen Auf und Ab bei den Preisen an den Zapfsäulen gepflanzt. Zusätzlich hat der SPÖ-Soziallandesrat jetzt auch noch die Pendlerbeihilfe gestrichen. Eine Maßnahme könnte im Land umgehend verwirklicht werden: die Öffnung der Landestankstellen. In Kärnten und im Burgenland

betätigen sich diese bereits seit einiger Zeit als Preisbrecher. Ein KPÖ-Antrag zur Öffnung der steirischen Landestankstellen wurde im Landtag 2006 mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ beschlossen, aber nicht verwirklicht: Die zuständige Landesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) hat sich damals geweigert, ihn umzusetzen.

Jetzt hat die KPÖ den Antrag neuerlich eingebracht. Schließlich steht mit Gerhard Kurzmann (FPÖ) dem Verkehrsressort ein neuer Landesrat vor. Die Hoffnung wurde enttäuscht: Der KPÖ-Antrag wurde von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt. Peinlich die Haltung der SPÖ. Sie hat gegen ihren eigenen, seinerzeitigen Antrag gestimmt. Noch peinlicher die Haltung der FPÖ. Während diese Partei immer die Interessen des „kleinen“ Mannes im Munde führt, ist ihr dort, wo sie selbst

Verantwortung trägt, die Wirtschaftslobby näher als die unter den hohen Spritpreisen stöhnenden Steirerinnen und Steirer.

Viele Menschen sind auf ihr Auto angewiesen. Gerade in ländlichen Regionen wird die Fahrt zur Arbeit, zum Einkaufen oder zum Arzt, ohne eigenen „fahrbaren Untersatz“, mangels öffentlichen Verkehrs immer noch zu einer wahren Odyssee. Die KPÖ ist dagegen, dass die Bankenrettungspakete durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer, wie leider passiert, finanziert werden.

Wir treten für eine Senkung der Mineralölsteuer ein. Schließlich kassiert der Staat ohnehin mehr als 50 Prozent der Spritpreise. Aber auch die Mineralölkonzerne müssen kontrolliert werden. Warum wird nicht zu einer Preiskontrolle zurückgekehrt, wie es sie vor dem EU-Beitritt gab?

Städtebund will Krügel Bier verteuern



Geht es nach dem Chef des steirischen Städtebundes, dem Brucker SPÖ-Bürgermeister Bernd Rosenberger, sollen die maroden Gemeindefinanzen mit einer neuen Massensteuer aufgefüllt werden.

Der Städte-

bund will in allen Gemeinden Resolutionen an die Bundesregierung beschließen lassen, die eine Wiedereinführung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke in der Gastronomie fordert. Geht es nach diesen Vorstellungen, sollen die Mischung und das Krügel Bier in Zukunft 15% teurer werden. Die KPÖ erteilt derartigen Vorstellungen eine klare Absage. In Judenburg und Bruck wurde die Resolution mit den Stimmen der SPÖ bereits beschlossen.

Die KPÖ fordert stattdessen einen anderen Finanzausgleich, um die Gemeinden zu sanieren: KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „Während Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer und Lohnsteuer bereits zwei Drittel zum Finanzaufkommen der Gemeinden beitragen, tragen die Einnahmen von Steuern auf Gewinn und Vermögen nur einen Bruchteil zum Finanzausgleich bei. Nicht das Krügel Bier darf teurer werden, sondern die Banken und Konzerne müssen einen gerechten Anteil zur Finanzierung des Finanzausgleichs beitragen.“

„BEDARFSORIENTIERTE“ MINDESTSICHERUNG SEIT 1. MÄRZ Tricks bei „Mindestsicherung“ führen zu

Seit 1. März 2010 gibt es in der Steiermark keine Sozialhilfe mehr. Diese wurde durch die Mindestsicherung ersetzt, die für alle Bezieherinnen und Bezieher gegenüber der Sozialhilfe eine finanzielle Schlechterstellung bringt.

Nun wurde im politischen Verantwortungsbereich von LH-Stv. Schrittwieser eine neue Methode erfunden, um jenen Menschen, die bereits jetzt mit sehr wenig Geld auskommen müssen, noch mehr wegzunehmen. Dies ist möglich, weil durch eine phantasievolle Auslegung des Gesetzes nun die Wohnbeihil-

fe als Einkommen betrachtet wird. Dadurch verlieren die meisten Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung gegenüber der alten Sozialhilfe noch weitaus mehr als bisher angenommen. Ein Überleben ist für viele Betroffene mit der verbleibenden Summe kaum noch möglich.

KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler und die Sozialarbeiterin Karin Gruber demonstrierten anhand eines (realen) Rechenbeispiels, wie eine alleinstehende Pensionistin statt 4048 Euro im Jahr nur mehr 1521 Euro zugestanden bekommt.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die Mindestsicherung ist der absolute Tiefpunkt in der steirischen

Sozialgesetzgebung. Mit dem ursprünglich behaupteten Ziel der Armutsbekämpfung hat sie nichts mehr zu tun, es geht ausschließlich um Einsparungen auf Kosten der ärmsten Bevölkerungsteile. Die bürokratischen Hürden und die umständliche Berechnung bleiben bestehen, es gibt weiterhin neun Gesetze in Österreich. Der einzige Unterschied ist, dass in der Steiermark alle weniger bekommen als vorher.“

„Die Politikerinnen und Politiker, die sich solche Regelungen ausdenken, haben den Bezug zur Realität von Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen, längst verloren. Der Landtag muss diese Regelung schnellstens reparieren, sonst stehen in der



KPÖ-LAbg. Klimt-Weithaler bekämpft Schlechterstellung.

Steiermark in wenigen Monaten viele vor dem Nichts“, so Claudia Klimt-Weithaler von der KPÖ.



www.volkshilfe.at

für industrie und
banken millionen fix –
für die pflege gibt es nix?

Pflegesicherung jetzt!

- schafft Arbeitsplätze
- sichert soziales Kapital in den Regionen
- belebt die Konjunktur
- entlastet die Gemeinden

volkshilfe.



sozialem Kahlschlag



Anfragen: KPÖ-Landtagsklub
DSA Karin Gruber
Herrengasse 16, 8010 Graz
Tel. 0316 / 877 - 5101



Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. **KPÖ** wirkt!
Mit Rat und Tat!

Wir beraten Sie gerne.

Tel. Anmeldung erbeten. **Graz, Landhaus**

Richtsätze für das Jahr 2011

MINDESTSICHERUNG

- keine Sonderzahlungen mehr (außer Kinder)
- Kinderrichtsätze sind niedriger als bisher (siehe unten)
- auf die **Mietkosten wird nicht mehr individuell eingegangen**, diese sind bereits in den Mindeststandards inkludiert (25 %).

Die Mindestsicherung beträgt für
Alleinstehende und Alleinerzieherinnen € 752,93
volljährige Personen, die mit anderen

Volljährigen im gemeinsamen Haushalt leben, erhalten
- pro Person € 564,70
- ab der dritten leistungsberechtigten volljährigen Person, wenn diese einer anderen Person im gemeinsamen Haushalt gegenüber unterhaltsberechtigter ist € 376,47
Minderjährige mit Anspruch auf Familienbeihilfe, die mit einem Volljährigen im gemeinsamen Haushalt leben
- für die ersten 4 Kinder € 143,05
- ab dem fünften Kind € 173,17

PENSIONEN: Die Mindestpensionen (Ausgleichszulagen), im Jahr 2011

Mindestpension (Ausgleichszulage) Alleinstehende: € 793,40
Ehepaare (Familien): € 1.189,56

Von diesen Richtsätzen werden 5,1 % für die Krankenversicherung abgezogen.

PFLLEGEGELD: Das Pflegegeld wurde 2011 nicht erhöht.

Stufe 1: € 154,20 / Stufe 2: € 284,30 / Stufe 3: € 442,90 / Stufe 4: € 664,30 / Stufe 5: € 902,30 / Stufe 6: € 1.260,-- / Stufe 7: € 1.655,80

RUNDFUNK- UND TELEFONGEBÜHRENBEFREIUNG

Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen bis zu einer Grenze von
für Alleinstehende € 888,61
für Ehepaare € 1.332,31
für jede zusätzliche Person im Haushalt € 137,10

Protestunterschriften gegen das Gesetz!

Sehr geehrter Herr Landesrat Schrittwieser!

Mit großer Bestürzung stellen wir fest, dass das Steiermärkische Mindestsicherungsgesetz alle Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung finanziell schlechter stellt als frühere Sozialhilfebezieher, und zwar vor allem durch die nur 12malige Auszahlung der Mindestsicherung gegenüber der 14maligen Auszahlung der Sozialhilfe pro Jahr.

Die Einführung der Mindestsicherung in der Steiermark stellt somit die bisher massivste Einschränkung von Leistungen im Sozialhilfereich dar, seit vor 35 Jahren das neue Sozialhilfegesetz beschlossen wurde. Damit wird das Verschlechterungsverbot der §15a-Ver-

einbarung missachtet. Außerdem wurde mit dem Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetz der zuvor in der Sozialhilfe abgeschaffte Angehörigenregress wieder eingeführt. Auch dies widerspricht eindeutig der 15a-Vereinbarung, die Regressregelungen für Angehörige verbietet.

Wir fordern Sie daher auf, die §15a-Vereinbarung zur Mindestsicherung einzuhalten und dazu mit einem Gesetzesentwurf an den Landtag heranzutreten, mit dem

1. die Mindestsicherung 14 Mal pro Jahr ausbezahlt und
2. der Regress abgeschafft wird.

JETZT KLIICK UNTERSCHREIBEN

UNTERSTÜTZUNG AUCH ONLINE MÖGLICH

**KEINE VERSCHLECHTERUNG DURCH DIE MINDESTSICHERUNG !
KEINE RÜCKZAHLUNGSPFLICHT FÜR ANGEHÖRIGE !**

Name	Adresse
Datum der Unterschrift, Unterschrift	

Name	Adresse
Datum der Unterschrift, Unterschrift	

Online unterschreiben unter: www.mindestsicherungsrechner.at

KPÖ - in Stadt und Land: 0316 877 51 02 - Fax 0316 / 71 62 91

Unterschriftenlisten bis 4. April an KPÖ, Lagergasse 98a senden oder im Landhaus, KPÖ-Klub abgeben.

KPÖ wirkt



STROMSTEUERN VERDOPPELT

In 14 Jahren, von 1996 bis 2010, haben sich die Steuern und Abgaben auf Strom in Österreich verdoppelt – allerdings nur für Endverbraucher. Denn während die Belastungskeule alle Haushaltskunden mit voller Wucht trifft, sorgt das Energieabgabenrückvergütungsgesetz dafür, dass sich Unternehmer sowohl Elektrizitätsabgabe als auch Ökostromabgabe fast zur Gänze vom Fiskus zurückholen können. Damit soll ihre Konkurrenzfähigkeit EU-weit gesichert werden, sagen Österreichs Politiker. Für die Frage, wie bei dieser Steuerlast die Existenz von Niedrigverdienern gesichert werden kann, fühlen sie sich offensichtlich nicht zuständig.



MAUTERN: GEHEIMVERTRAG MIT DEM „PRINZEN“ Elfenberg: Verschleierte Förderung

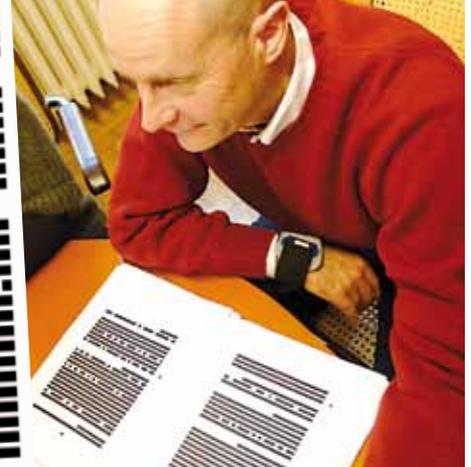
Das Land entzieht den Vertrag mit dem Tierpark Mautern der Prüfung, indem jede Zeile des Vertrags geschwärzt ist. Dubiose Geschäfte?

Der Wildpark Mautern ist trotz öffentlicher Subventionen in der Höhe von sechs Millionen Euro in die Zahlungsunfähigkeit geschlittert. Zuletzt wurden von der Landesregierung kurzfristig 1,98 Millionen Euro für den Tierpark genehmigt.

Das Land verhandelte mit Grundbesitzer Reuss (oft als „Prinz“ bezeichnet) und seiner Stiftung in Liechtenstein. Im Dezember bekam der Kontrollausschuss den Vertrag zur Begutachtung. Allerdings war jede einzelne Zeile des Dokuments geschwärzt. Der Kontroll-



Beispielseite, geschwärzter Text: KPÖ-Kontrollausschussvorsitzender LAbg. Werner Murgg wollen eine wirkliche Offenlegung des Elfenberg-Vertrags.



lausschuss sollte also einen unlesbaren Vertrag kontrollieren. Ein Hohn, findet Werner Murgg. Der KPÖ-Abgeordnete leitet den Ausschuss seit der Landtagswahl im letzten September. VP-Landesrat Buchmann bezeichnete den geschwärzten Text sogar als „Beitrag zur Transparenz“. Werner Murgg prangert diese Vorgangsweise an und verlangt, den Vertrag einer Prüfung durch den Rechnungshof zu unterziehen. Das wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Dubioser Vertrag

Werner Murgg: „Die Abgeordneten, die über diesen Vertrag abgestimmt haben, durften weder Näheres über die

bereits erfolgten Förderungen und stillen Beteiligungen des Landes, noch über die Pläne der Landesregierung zur Fortführung des Tierparks erfahren. Wir können keine Einschätzung über die auf das Land zukommenden Verpflichtungen und Kosten treffen. Eine Privatstiftung in Liechtenstein und Herr Reuss sind die Nutznießer dieser Vereinbarung. Die KPÖ hat nichts gegen den Erhalt des Wildparks, es muss aber eine saubere Lösung im Interesse der Bevölkerung geben, keine undurchsichtigen Geschäfte.“

Die KPÖ wird sich weiterhin dafür einsetzen, den Geheimvertrag prüfen zu können.



Im Wildpark Mautern, aber auch bei anderen steirischen Tourismusprojekten läuft einiges schief. KPÖ-Abgeordneter Murgg will sich keinen Bären aufbinden lassen und fordert eine Prüfung durch den Rechnungshof.

KPÖ-Kontrollausschussvorsitzender LAbg. Werner Murgg:
„Die Geheimverträge zum WILDPARK MAUTERN, die gewaltigen Zuschüsse an den Tierpark HERBERSTEIN, das EUROPAEUM in Mariazell oder die THERMEN in Fohnsdorf und Blumau zeigen, dass das Land bei Tourismusprojekten regelmäßig gewaltige Summen in den Sand setzt, ohne etwas daraus zu lernen. Besonders abzulehnen sind Haftungsübernahmen für Banken, die sich in der Steiermark ohne Risiko verspekulieren können, weil der Bevölkerung im Notfall die Verluste der Banken aufgeladen werden.“

EINKOMMENSOFFENLEGUNG

Keine Geldgeheimnisse bei KPÖ!**Bruttobezüge der steirischen Landespolitiker 2010**

Monatseinkommen, 14 mal

Landeshauptmann	€ 16.000,10
Landeshauptmann-Stellvertreter	€ 15.158,00
Landesrat / Landesrätin	€ 14.315,90
Landtagspräsident	€ 11.368,50
Klubobleute	€ 10.526,40
Abgeordnete	€ 5.473,70

Mindestsicherung ab 1.3.2011

monatlich, 12 mal, inklusive Wohnbeihilfe

Mindessicherungsbezieher/in	€ 752,93
Weitere Person im Mindestsicherungshaushalt	€ 564,70

Einkommenstransparenz ist für die KPÖ ein wichtiges Anliegen. Seit Jahren legen KPÖ-Mandatarinnen und Mandatare ihre Einkommen und deren Verwendung offen. Leider haben sich die Möglichkeiten des KPÖ-Sozialfonds durch den Verlust von zwei Landtagsmandaten verschlechtert.

Im Bild von links nach rechts: KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg, KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler und die Grazer Stadträtin Elke Kahr.

Zum „Tag der offenen Konten“ legten die KPÖ-Mandatarinnen und Mandatare auch heuer offen, wie sie ihre Politbezüge verwenden. Die KPÖ-Politikerinnen und -politiker haben sich eine freiwillige Gehaltsobergrenze verordnet. 148.441,52 Euro haben die KPÖ Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg sowie die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr allein heuer für Steirerinnen und Steirer in Notlagen zur Verfügung gestellt.

Seit der Einführung der offenen Finanzgebarung durch KPÖ-Urgestein Ernest Kaltenegger hat sich die Nothilfe auf über 1,1 Millionen Euro summiert.

„Immer mehr Leute sind berufstätig, kommen aber mit ihren Einkommen nicht über die Runden. Das ist besorgniserregend“, resümiert LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.

Schlag auf Schlag**SPÖ und Schwarz/Grün verschleudern Gemeindeigentum**

Es geht Schlag auf Schlag: In den SPÖ-dominierten Städten werden in den letzten Monaten Gemeindebetriebe und Einrichtungen ausgegliedert. Das ist eine Vorstufe zur Privatisierung. Man wandelt damit auf den Spuren von Schwarz/Grün in Graz.

Ein paar Beispiele:

Kapfenberg: Gemeindewohnungen ausgegliedert

Bruck/Mur: Stadtwerke ausgegliedert

Trofaiaich: Stadtwerke verkauft

Judenburg: Gemeindewohnungen ausgegliedert, Altenheim verkauft.

Graz: Müllabfuhr, Kanal, Wirtschaftsbetriebe ausgegliedert.

Die KPÖ hat überall gegen diesen Ausverkauf gestimmt. Die Gemeinden wollen den Erlös zur Schuldendeckung verwenden. Was passiert, wenn dieses Geld verbraucht ist? In der Landwirtschaft bedeutet es, dass es dem Bauern schon sehr schlecht geht, wenn er beginnt, seinen Grund zu verkaufen.

Pflegemisere: Endlich Handeln!

In vielen Pflegeeinrichtungen ist die Pflege nicht gesetzeskonform, so der Bericht der steirischen Pflegeombudschaft.

private Einrichtungen die Pflegekosten hochtreiben, um Gewinne zu erzielen.

Vor allem die geringe Zahl der Kontrollen und ihre oberflächliche Durchführung sind Anlass zur Besorgnis, sagt Claudia Klimt-Weithaler. Eine große Anzahl der privaten Pflegeheime und Pflegeplätze in der Steiermark ist mehr auf einen hohen Profit als hohe pflegerische und medizinische Standards bedacht.

Die KPÖ fordert die Beschränkung von Pflegezuschüssen auf öffentliche und gemeinnützige Heime, weil



Wie wollen wir Pflege?
2. aktualisierte Auflage

Unser Ziel: Altern in Würde und keine Ausbeutung der Beschäftigten

Vorschläge der steirischen KPÖ zum Pflegenotstand



Forderungen der KPÖ zur Pflege, Broschüre, kostenlos anzufordern beim KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5102, E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at.



MEINUNG

Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

**Kahlschlag mit
Wählerstimmen**

Die Einsparungsziele der Bundesregierung sollen hauptsächlich durch Kürzungen im Sozialbereich, bei Gesundheit und Bildung erreicht werden. Es wird niemanden mehr überraschen, dass die „Familienpartei“ ÖVP mit ihrem Finanzminister Josef Pröll an der Spitze bei den ungünstigen Kürzungen federführend war. Genauso wenig überraschend ist, dass der „sozialdemokratische“ Bundeskanzler Werner Faymann ganz stolz auf ein Budget ist, das auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen wird.

Allein durch eine vernünftige Finanztransaktionssteuer könnte man locker mehr als 1,3 Mio hereinholen. Man müsste keine einzige Familie belasten und würde die wirklich Schuldigen am Finanzdebakel der letzten Jahre zur Kasse bitten.

Doch die Regierung macht Politik im Interesse des Finanzkapitals, nachdem sie sich von den Normalbürgern lediglich die Stimmen geholt hat.

Was die Versprechungen der Regierungsparteien wert sind, sollte man bis zu den nächsten Wahlen nicht vergessen – und die Rechnung dafür präsentieren.

Um die Interessen der Mehrheit der Menschen im Land vertreten zu können, muss man ein Leben führen wie sie, muss einer von ihnen sein. Und man darf weder den Konzernen noch dem Finanzkapital verpflichtet sein; so, wie die VertreterInnen der KPÖ.

meint Ihr *Peter Scherz*

EINKOMMEN STEIGEN NICHT

**Krise brachte vielen ein
Minus am Gehaltszettel**

1575 Euro für einen Mann, 1103 Euro für eine Frau – wer das als Gehalt überwiesen bekommt, zählt in der Steiermark zu den besser Verdienenden.

Als Folge der Krise verdienen die Steirer 2009 weniger als 2008, zeigt die steirische Landesstatistik. Das Bruttoeinkommen der Män-

ner sank um knapp ein Prozent. Die Frauen holten hingegen um 2,4 Prozent auf. Nur wegen der Steuerreform blieb 2009 letztendlich am Konto ein kleines Plus. Das Weniger an Steuer wog das Minus auf, das die Unternehmen den Arbeitenden unter dem Vorwand der Krise aufbürdeten.

Groß bleibt die Kluft zwischen Männern und Frauen, wenn es ums Einkommen

geht. Brutto verdienen Frauen um 39 % weniger (Männer etwa in Graz 32.637 Euro, Frauen 25.806 Euro pro Jahr), nach Abzug von Steuer und Sozialversicherung bekommen Männer immer noch 35 % mehr (22.545 Euro für Männer, 15.476 Euro für Frauen).

Gerechtere Teilzeit

Der gewaltige Unterschied liegt vor allem daran, dass viele Frauen keine Vollzeitjobs ausüben. Vergleicht man direkt die Einkommen von Teilzeit arbeitenden Frauen und Männern, dann macht der Gehaltsunterschied nur noch 2 % aus. Bei Vollzeitjobs hingegen verdienen Frauen um 22 % weniger.

Österreichweit liegen die Steiermark in Sachen Einkommen auf Platz 6. Am besten verdient man in Wien.



Schwere Zeiten für arbeitende Menschen: Die Inflation ist hoch, die Einkommen bleiben am alten Stand.

MONTAGE-HACKLER

Bisher mussten Arbeiter, die für heimische Firmen im Ausland tätig waren, keine Lohnsteuer zahlen. Dieser Vorteil für Montagearbeiter wird bis 2014 abgeschafft.

Betriebsratswahl

beim **bfi**

Kurt Luttenberger, Arbeiterkammer-
rat der Gewerchaft-



lichen Linksblocks, konnte bei der Betriebsratswahl im bfi Steiermark erneut ein Mandat für die Liste SALZ (Sozial-Alternativ-Lösungsorientiert-Zusammen) gewinnen.

TATORT Arbeitsplatz **BERATUNG**
in Fragen des
ARBEITSLEBENS und BERUFSALLTAGS
jeden **MONTAG** von 16 bis 18 Uhr
im **Volkshaus Graz, Lagergasse 98 a**
oder **Tel. 0660 / 1426 080**
E-Mail: glb@glb-steiermark.at
<http://www.glb-steiermark.at/>

Wehrpflicht oder Berufsheer?

Aktuelle Bedrohung ist die Wirtschafts- und Kriegspolitik der EU

**NEUTRALITÄT
sichern
statt EU-res-
Berufsheer!**

sollte all jenen zu denken geben, die die derzeitige Diskussion um Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und Einführung eines Berufsheeres mit einem friedenspolitischen Fortschritt verbinden. Das Gegenteil ist wahr! Präsenzdiener können nicht automatisch zu globalen Militäreinsätzen verpflichtet werden.

Für ein Berufsheer tritt jetzt eine eigenartige Koalition von Grünen, Teilen der SPÖ samt deren Verteidigungsminister, BZÖ und der „Kronen-Zeitung“ in Erscheinung. Besonders weit hinaus lehnt sich der Grüne Peter Pilz. Geht es nach ihm, sollte sich Österreich auf eine ge-

Ein Berufsheer ist leichter für offensive Kriegseinsätze und gegen die eigene Bevölkerung einsetzbar

meinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik festlegen. Im Klartext gesprochen: Österreich soll vollwertiges Mitglied des EU-Imperialismus werden. In dieses Bild passt es, dass die Grünen einen KPÖ-Antrag im Landtag, der einen Ausstieg Österreichs aus den neutralitätswidrigen EU-Battlegroups fordert, abgelehnt haben. Mit der sogenannten „Solidaritätsklausel“ im EU-Vertrag wurde Militäreinsätzen im Inneren, etwa gegen eine „unbotmäßige“ Bevölkerung, die sich mit Massenprotesten dem verordneten Sparkurs verweigert, der Boden bereitet. Als entscheidende Bedrohung muss die aktuelle Wirtschafts- und Kriegspolitik der EU selbst

betrachtet werden: eine aggressive Außenhandelsorientierung, Sparpolitik nach innen, verbunden mit der Absicht, diese globale Machtprojektion auch militärisch zu unterfüttern. Eine demokratische und soziale Wende kann sich nur entfalten, wenn Österreich die Anbindung an diese Politik aufgibt. Die allgemeine Wehrpflicht hätte in diesem Kontext die Aufgabe, Bereitschaft und Strukturen zur Verteidigung eines eigenen, demokratischen und solidarischen Weges gegen aggressive Ambitionen äußerer, aber auch unserer eigenen Eliten zu formen. In diesem Sinne tritt die KPÖ-Steiermark in der Frage Berufsheer versus Wehrpflicht für Aufrechterhaltung der Wehrpflicht und der Neutralität, bei gleichzeitiger Demokratisierung des Bundesheeres ein.

Ein Berufsheer ist sowohl leichter für offensive Kriegseinsätze als auch im Inneren gegen die eigene Bevölkerung einsetzbar. Vor allem Letzteres sollte eine der Lehren aus 1934 sein, als das österreichische Bundesheer auf Arbeiter geschossen hat. Deshalb die jahrzehntelange berechnete Aversion der österreichischen Sozialdemokratie gegen ein Berufsheer. Nun haben Teile der SPÖ im Sinne ihrer EU-Hörigkeit auch davon Abstand genommen.

Die österreichische Sicherheitsdoktrin und Militärpolitik ist heute auf EU-Linie abgestimmt. Folgende Ziele werden festgemacht: „Für Österreich ist die Teilnahme an EU-Einsätzen mit großem Nutzen verbunden... zum globalen Management von Konflikten und zwecks Zugangs zu strategischen Rohstoffen, der Aufrechterhaltung des freien Handels und der Schifffahrt.“ Das alles lässt sich mit einer Armee von Wehrpflichtigen schwer umsetzen. In diesem Sinne lobte der seinerzeitige Verteidigungsminister Platter bereits vor Jahren die Präsenz des Bundesheeres am Balkan als „Türöffner für die österreichische Wirtschaft.“ Das



Foto: www.bundesheer.at

PRESTIGEPROJEKTE RUINIEREN LAND UND GEMEINDEN

Pleite, Pech, Bankrott

Unser Leben
ist mehr wert
als eure
Profite

Immer mehr Gemeinden stehen vor dem Ruin. Das liegt meist daran, dass immer mehr Aufgaben von Bund und Land auf die Gemeinden abgewälzt werden, diese aber immer weniger Mittel zugewiesen bekommen. Oft ist die kommunale Finanzkrise hausgemacht: Wenn Prestigeprojekte statt Gewinne zu bringen nur Kosten verursachen.

Tourismusprojekte in der Krise

Wipfelwanderweg Rachau

Über allen Wipfeln ist Ruh, wusste schon Goethe. In der Rachau, Bezirk Knittelfeld wollte man daran nicht glauben und baute um 880.000 Euro einen spektakulären **Wipfelwanderweg**. Die erhoffte Besucheransturm blieb aus. Schuldenstand: 330.000 Euro.

Vivarium Mariahof

Das Vivarium in Mariahof eröffnete 2005. 5,8 Millionen Euro kostete die Aquarienvelt samt Reptilienzoo und Schwimmbad. Nun sitzt man auf 3,5 Mio Euro Schulden und hat einmal bis Mai dicht gemacht.

Elfenberg Mautern

Beim Tierpark Herberstein musste das Land schon vor Jahren einspringen. Auch der Tierpark Elfenberg in Mautern braucht immer wieder Geldspritzen des Landes. Zuletzt war davon die Rede, dass das Land neuerlich über zwei Mio. Euro locker machen muss.

Europeum Mariazell

Das Europeum ist ein Projekt der Gemeinden Mariazell,



Viele Projekte aus den Zeiten der Hochkonjunktur stecken in der Krise. Anstatt eine Sanierung in öffentlicher Hand anzustreben, werden Beibtreibergemeinden von der Regierung im Stich gelassen. Bei neuen Projekten, etwa der Schi-WM gibt man sich heute noch großzügig.

St. Sebastian, Gusswerk und Halltal zur regionalen Tourismusförderung. Kosten: 13 Millionen Euro. Schon einen Großteil der Baukosten übernahm das Land. 2009 musste der Tagungsort mit Wellness Center vom Land übernommen werden. Ende Dezember 2010 musste das Land neuerlich 450.000 Euro für das erste Halbjahr 2011 zuschießen: Wahrscheinlich heißt es deshalb „Euro“peum.

Proporz

Alle obengenannten Projekte sind politisch der ÖVP zuzuordnen. Wie bei allem im Proporzsystem Steiermark durfte auch die SPÖ teure Projekte in den Sand setzen:

Murtturm Gosdorf

Der Murtturm zu Gosdorf (Bezirk Radkersburg) wurde zum technischen und finanziellen Desaster: Die Baukosten

stiegen von 400.000 auf 1,5 Millionen Euro.

Therme Fohnsdorf

Die Therme Aqualux in Fohnsdorf wurde dank absoluter SPÖ Mehrheit im ehemaligen Kohlrevier verwirklicht. Die Rückzahlungen konnte nur durch Privatisierungstricks seitens SPÖ-Bürgermeister Johann Straner aufrechterhalten werden. Nach Verlust der SPÖ-Mehrheit in der Landesregierung ließ der Landeshauptmann seinen Parteifreund fallen, die Finanzierung der Therme Aqualux blieb aus, im Gegensatz zur Rogner Therme Blumau oder der Therme NOVA Köflach. Die gesamte Gemeinde wurde unter Zwangsverwaltung durch einen Regierungskommissär gestellt.

Die Fohnsdorfer Kommunisten wehren sich dagegen, dass die Therme geschlossen oder verschenkt wird. Gefragt

ist aber eine lückenlose Aufklärung aller Vorgänge und Geldschiebereien, die zum Fohnsdorfer bankrott geführt haben.

Eventpolitik geht weiter

Wer denkt, die Landesregierung hat einen Schlusstrich unter die teilweise abenteuerliche Subventionspolitik gezogen, irrt. So ist jetzt schon bekannt, dass sich die Gesamtkosten der Schi WM 2013 für die Steiermark von 48,6 Millionen Euro auf mindestens 144 Millionen Euro erhöhen werden.

Flugshow – Airpower

Auch die für heuer in Zeltweg geplante „Airpower“, im Grunde genommen eine Verkaufsschau der Militär-Flugzeugindustrie, will das Land 800.000 Euro zuschießen. Wir sind gespannt, ob auch hier der 25-Prozent Sparstift angesetzt wird.

STATT 48,6 MIO. EURO ANSTIEG AUF MINDESTENS 144 MIO. EURO

Schi-WM Schladming: Hohe Kosten verschleiert

Im Februar 2010 trat der steirische Landtag nach Kritik der KPÖ zu einer Sondersitzung zur Schi-WM in Schladming 2013 zusammen. In dieser Sitzung wurden 48,6 Mio. Euro für die Großveranstaltung beschlossen, die KPÖ stimmte als einzige Partei dagegen. Nun werden regelmäßig neue Ausgaben in den „über- und außerplanmäßigen Ausgaben“ des Landes bekannt, durch die sich die Gesamtkosten bis zum heutigen Tag auf mindestens 144 Mio. Euro erhöht haben.

Diese Zahlen präsentierte KPÖ-LABg. Werner Murgg bei einer Pressekonferenz. Die vorgelegte Tabelle umfasst nicht die bereits 2009



KPÖ-LABg. Werner Murgg

genehmigten 36 Mio. Euro aus dem Konjunkturausgleichsbudget. Da sehr viele Posten in den „über- und außerplanmäßigen Aufgaben“ angeführt werden, ist nicht auszuschließen, dass noch weitere Kosten hinzukommen. Deshalb hat die KPÖ Anfragen an

alle neun Regierungsmitglieder gestellt, in denen diese um Veröffentlichung aller die Schi-WM betreffenden Kosten ersucht werden. Eine Prüfung

durch den Landesrechnungshof werde aufgrund der budgettechnischen Teilung der WM in mehrere kleine Projekte nicht durchsetzbar sein, bedauert Murgg.

KPÖ-LABg. Murgg: „Angesichts der gewaltigen Gesamtsumme muss die Frage erlaubt sein, ob solche Kosten für eine wenige Tage dauernde Veranstaltung angesichts eines brutalen Sparbudgets gerechtfertigt ist. Landesrat Buchmann hat vor einem Jahr gemeint, Schladming könne die WM bereits jetzt durchführen. Trotzdem wurden und werden noch viele Millionen in das Projekt gepumpt. Es ist zu befürchten, dass die viel zitierte Nachhaltigkeit vor allem beim Landesbudget zu spüren sein wird.“

BELASTUNGSSTOPP

Inflation über zwei Prozent: KPÖ für Belastungsstopp

Die Inflationsrate liegt bei über 2,2 Prozent, während die Bruttogehälter und die Pensionen kaum um ein Prozent angehoben worden sind.

Daher fordert die steirische KPÖ einen Belastungsstopp. Wohnen, Heizen, Autofahren, Versicherungen, alles wird empfindlich teurer. Trotzdem wollen Voves und Co. der Masse der Bevölkerung noch mehr abzwicken. Wer bei der „Bankenhilfe“ und bei Prestigeprojekten mit Milliarden um sich wirft, der sollte darauf Rücksicht nehmen, dass die Mehrheit der Menschen jeden Euro zweimal umdrehen muss.

Pendlerbeihilfe wird gestrichen

Die Sparpläne der steirischen Landesregierung bedeuten auch das Aus für die Pendlerbeihilfe des Landes. Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser (SPÖ) bestätigte das in der letzten Woche. Rund 14.000 Pendler sind davon betroffen.



Pressefoto Schladming 2013

Modell Schistadion für 2013. Dem Land bleiben hohe Kosten. Sollen diese über Kürzungen bei den Sozialausgaben einbehalten werden?

Auszug aus der Kostenaufstellung ohne Berücksichtigung der bereits 2009 genehmigten 36 Mio. Euro

Förderungszweck/Ausgabe	Voranschlagsstelle im Landesbudget	Betrag
Das Jahr 2010 - Beispiel		
Haus des steir. Wintersports	5/269155-7355	€ 240.000,00
Ausschreibung, Projektierung	5/611249-7280	€ 100.000,00
Projektierung Straße	5/611249-7280	€ 52.000,00
Marketingprogramm	5/771605-7420	€ 1.400.000,00
Infrastruktur	5/269155-7355	€ 3.296.934,00
Infrastruktur	5/770005-7470	€ 23.339.100,00
Infrastruktur	5/770005-7480	€ 3.000.000,00
Infrastruktur	5/770005-7480	€ 459.100,00
ÖBB Bahnhof, Schieneninfrastruktur, Lärmschutz		€ 8.140.000,00
Entgelte f. Leistungen v. Firmen	5/611249-7280	€ 950.000,00
Grundeinlöse	5/611243-0020	€ 1.450.000,00
Straßen- und Brückenausbau	5/611243-0602	€ 6.250.000,00
Abwasserent-, Wasserversorgung	5/620025-7355	€ 1.500.000,00
Abwasserent-, Wasserversorgung	5/621025-7355	€ 7.500.000,00
Qualitätsoffensive Tourismus	5/770005-7480	€ 204.710,00
Qualitätsoffensive Tourismus	5/770005-7480	€ 172.820,00
Qualitätsoffensive Tourismus	5/770005-7480	€ 192.280,00
Breitbandinitiative Steiermark	1/780434-7421	€ 2.000.000,00
SUMME 2007 bis 2012		€ 108.311.309,33

Genauere Auflistung unter www.kpoe-steiermark.at

Auf die Kritik von KPÖ Labg. Murgg zum unverantwortlichen Umgang mit Landesmitteln bei der Schi-WM reagierte die SPÖ mit Häme: „Die Kommunisten sind die einzigen, die die WM nicht wollen.“ Darum geht es aber nicht. Wir wollen gute Sport-

veranstaltungen, der Umbau des Kulm auf HS 250 würde uns freuen und wir halten das Aqualux in Fohnsdorf für eine Bereicherung. Aber man muss eben alles finanzieren können ohne die sozialen Grundlagen des Landes in Frage zu stellen.
fux

EURO-Rettungsschirm nutzt nur den Banken

Schutz für Spekulanten

„Hören Sie auf, Europapolitikern zu glauben. Hören Sie erst recht auf, Wirtschaftsforschungsinstituten zu glauben.“ Aus: »Rettung der Welt. Was Sie sofort tun können« des Sozialpsychologen Harald Welzer (faz.net).

Sie haben gelogen, dass sich die Balken gebogen haben. Wer? Die Politiker in der EU und Österreich – und auch die sogenannten Wirtschaftsexperten. Wann? Damals, als sie uns die EU und den Euro als Schlüssel zu Wohlstand und sozialer Sicherheit angepriesen haben.

Heute sind dieselben Leute wieder da. Und sie sagen, dass wir mit Lohnverzicht, Sozialabbau und riesigen Milliardensummen den Euro „retten“ müssten, sonst würde dies schreckliche Folgen haben.

Schutzschirm?

Ein Schutzschirm wird aufgespannt. Für wen? Für Griechenland, Irland, Portugal oder Spanien, sagen sie. Das stimmt aber nicht: Es ist ein Schutz-

1998: KPÖ hat gewarnt

»Euro vertieft Spaltung in Arm und Reich!«

Die steirische KPÖ hält an ihrer Kritik am Euro fest. Die neue Währung dient vor allem den Interessen des westeuropäischen Finanzkapitals. Sie wird zu einer Anpassung der Sozialsysteme und der Lohnkosten nach unten führen. Das Abenteuer Euro muss von den arbeitenden Menschen bezahlt werden. Die Einheitswährung wird die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich noch vertiefen.

Die Menschen, die jetzt der Europropaganda Glauben schenken, könnten noch böse Überraschungen erleben.“ (Presseaussendung der steirischen KPÖ vom 31. 12. 1998)

schirm für die europäischen Großbanken.

Der linke EU-Experte Andreas Wehr hat analysiert: Nach Irland verliehen ausländische Banken 731 Milliarden Dollar, nach Griechenland 175 und nach Portugal 235. In Spanien wurden 876 Milliarden Dollar angelegt. Auch nach Osteuropa floss viel Geld (auch aus Österreich), immer auf der Suche nach besseren Profitmöglichkeiten. Die Ergebnisse sieht man heute: In Griechenland und Portugal hat sich der Staat hoch verschuldet. Im Baltikum meldeten Zehntausende Unternehmen und Privatpersonen Insolvenz an. In Irland und in Spanien entstanden riesige Immobilienblasen, die gleich am Beginn der Krise platzten.

Belastungspakete für Großbanken

Es sind vor allem die Kreditgeber aus Kerneuropa, die Banken, Versicherungen und Pensionsfonds – auch aus Österreich –, die heute um diese Gelder fürchten. Bei der Eintreibung dieser Außenstände stehen ihnen ihre Regierungen zur Seite. Berlin, Paris und London üben mit Hilfe der Europäischen Kommission und des Internationalen Währungsfonds (IWF) massiven Druck auf die Defizitländer aus, eine strenge Sparpolitik zu befolgen. Verlangt werden drastische Absenkungen der Sozialleistungen, radikale Kürzungen bei den Löhnen im öffentlichen Sektor, weitere Deregulierungen der Arbeitsmärkte, Anhebungen des Renteneintrittsalters und die Beseitigung jeglicher den Wettbewerb hemmender Beschränkungen.

Österreich macht mit: Die Belastungspakete von Bund, Land und Gemeinden gehören zu diesem Bankenrettungspaket. In der aktuellen Krise sind viele Lügen der Meinungsmacher geplatzt: Die EU schützt nicht vor der Krise, der Euro ist keine sichere Währung, die Wirtschafts- und Währungspolitik der EU gefährdet Arbeitsplätze und bringt das gesamte Sozialsystem in Gefahr. Trotzdem machen die Herrschenden weiter. Sie sind in Wirklichkeit die Befehlsempfänger der Großbanken. Und die EU ist ein Mechanismus, der die Interessen der Großkonzerne und der Banken gegen die Mehrheit der

Bevölkerung in Europa durchdrückt.

Das jüngste Beispiel: Der EU-Vertrag wird in einem entscheidenden Punkt geändert: Die Hilfspakete für die Banken werden in die Verfassung aufgenommen. Die Bevölkerung darf nicht abstimmen. Die KPÖ unterstützt die Proteste in Griechenland, Frankreich, Portugal oder Irland gegen den Sozialabbau. Wir fordern, dass diejenige für die Kosten der Krise zahlen sollen, die sie verursacht haben: Die großen Konzerne und die Banken! **EU und Euro sind nicht die Lösung des Problems, sondern sie sind selbst das Problem.**



Wir müssen für den Euro zahlen um den Kapitalismus zu retten.

Mietrecht

Makler-Schmähs: Die Dauerbrenner

Sie hören einfach nicht auf: die Versuche unseriöser Immobilienbüros, gutgläubige Mieter abzuzocken. Hier lesen Sie die beliebtesten Makler-Schmähs:

1. Provisionen

1. Mit 1.9.2010 wurde die Höchstprovision für Wohnungen endlich auf 2 Bruttomonatsmieten (BMM) gesenkt. Dies hielt das Immobilienbüro Dr. X jedenfalls nicht davon ab, zumindest in einem Fall weiterhin 3 BMM zu kassieren.

Große Vorsicht ist geboten, wenn Makler Provisionen „kulanterweise“ reduzieren. Nicht selten passiert das in Fällen, in denen nämlich überhaupt keine Provision verlangt werden darf. Speziell dann, wenn der Makler auch Verwalter oder gar Eigentümer des Hauses/der Wohnung ist, sollte man sich die Bezahlung der Provision unbedingt bestätigen lassen und danach eine Beratungsstelle aufsuchen. Rückforderungsansprüche verjähren erst nach drei Jahren.

2. Gebühren

2. Was haben „Zinszettelgebühren“, „Pauschalen“



Vereinbaren Sie den Übergabetermin rechtzeitig, sodass noch Zeit bleibt, eventuelle Mängel zu beheben.

für das Ausfüllen von Meldezetteln, Wohnbeihilfenformularen etc. und Vertragserrichtungsgebühren gemeinsam?

Sie dürfen von Mietern grundsätzlich nicht verlangt werden. Maklern/Verwaltern werden diese Leistungen bereits durch das vom Mieter im Rahmen der Betriebskosten zu entrichtende Verwaltungsentgelt abgegolten. Den Vogel schoss eine Grazer Hausverwaltung ab, die ihren Mietern eine „Gebühr für Mühewaltung“ (!) in Rechnung stellte...

3. Kautio

3. Ausmalen, Endreinigungen und andere Tricks, möglichst viel von

der Kautio einzubehalten.

Wohnungen müssen nach Beendigung des Mietverhältnisses im Regelfall nicht mehr ausgemalt werden, sofern die Wände nicht stark verschmutzt sind oder die Wohnung vom Mieter in einer unüblichen Farbe wie z.B. schwarz ausgemalt wurde. Wurde die Wohnung vom Mieter ordnungsgemäß und besenrein zurückgegeben, kann der Vermieter so viele Endreinigungen durchführen lassen, wie er will, er muss

sie allerdings auch alle selbst bezahlen und darf deren Kosten nicht von der Kautio abziehen.

Tipp: Wenn Sie aus Ihrer Wohnung ausziehen, vereinbaren Sie den Übergabetermin nicht unbedingt in den allerletzten Tagen der Kündigungsfrist. Sollten nämlich dabei Mängel festgestellt werden, haben Sie noch Zeit, diese selbst zu beheben. Andernfalls müssten Sie unter Umständen einen weiteren Monat Miete bezahlen oder sich die Kosten der Mängelbehebung von der Kautio abziehen lassen. Ein Mitarbeiter eines Grazer Immobilienbüros, der den Wohnungsübergabetermin bis nach Ende der Kündigungsfrist immer wieder verschob, verzichtete „kulanterweise“ auf die Bezahlung einer weiteren Miete, wollte dafür vom Mieter aber Spesen für seinen Zeitaufwand für die Wohnungsübergabe kassieren.



Sollten Sie, liebe Leserin, lieber Leser, Fragen zu diesem Thema haben, wenden Sie sich bitte an eine der KPÖ-Servicestellen: www.kpoe-steiermark.at/kpoe-steiermark-bezirke.phtml

RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN

Mieterschutzverband
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

Sprechstunden – Bitte
um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at

Hohe Mieten: Richtwertsystem versagt

Das Richtwertmietfesystem bei Mieten funktioniert nicht. Es lädt die Eigentümer geradezu ein, auf Kosten der Mieter überhöhte Mietzinse zu verlangen. Besonders drastisch wird dies bei befristeten Mietverträgen. Eine Studie der AK bestätigt diese Kritik der KPÖ.

Das Richtwertsystem treibt die Mieten in teilweise absurde Höhen. Die Richtwerte liegen in der Steiermark oft weit höher als in Wien. Daher fordert die KPÖ die Wiedereinführung von klaren, niedrigeren Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen. Als Sofortmaßnahme

schlagen wir einen Mietzinsstopp bzw. eine Reduzierung der Richtwerte vor.

Mieter in Altbauwohnungen, die glauben, dass sie überhöhte Mieten bezahlen, sollten dies beim Mieterschutzverband oder beim KPÖ Mieternotruf 0316 / 71 71 08 überprüfen lassen.

MEINUNG

100. JAHRE INTERNATIONALER FRAUENTAG *Empörung als Schritt zur Veränderung*

Heuer jährte sich zum 100. Mal der Internationale Frauentag. Er entstand im Kampf um Gleichberechtigung, um bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten. Die Kämpfe richteten sich auch gegen die unzumutbaren Wohn- und Lebensbedingungen und gegen den Ausschluss von Frauen von Wahlen. Viele Themen von damals – Frauenwahlrecht, Arbeitsschutzgesetz, Mutterschutz oder Achtstundentag – wurden umgesetzt

Andere hingegen, etwa gleicher Lohn für gleiche Arbeit, warten bis heute auf Verwirklichung. Denn Frauen verdienen in Österreich immer noch mehr als ein Drittel weniger als Männer und arbeiten viel häufiger in Teilzeitbeschäftigungen. Die Teilzeitquote ist in den letzten Jahren auf fast 43% angestiegen. Damit ist ein Punkt erreicht, wo Arbeit immer mehr ins „Prekäre“ (misslich, schwierig, durch Bitten erlangt) abrutscht und es ist zu befürchten, dass sich diese Tendenz fortsetzen wird.

Frauen finden sich oft in einer Situation wieder, dass sie froh sein müssen, überhaupt etwas zu bekommen, sei es auch noch so schwierig, schlecht bezahlt und schwer vereinbar mit allem, was von Frauen in unserer Gesellschaft vorrangig erwartet wird, nämlich die Betreuung der Kinder oder die Pflege von Angehörigen.

Wenn in den Medien von Vollbeschäftigung gejubelt wird, dann ist meistens keine Rede



Von Ulrike Taberhofer,
Frauensprecherin der KPÖ und
Gemeinderätin in Graz

davon, dass die Mehrzahl dieser Arbeitsplätze eben keine gesicherten Plätze mit ausreichender Bezahlung sind. In vielen Bereichen – z.B. im Handel – dominieren die Frauen und gerade dort gibt es immer weniger Vollzeitarbeitsplätze. Billig und flexibel einsetzbar nutzen sie den Unternehmen besonders. Für Frauen, die sich nicht auf den „Familienernährer“ verlassen können oder wollen, gibt es keinen anderen Ausweg, als mehrere Jobs anzunehmen, um über die Runden zu kommen. Das ist eine Mehrfachbelastung mit vielen negativen Folgen.

Das Einkommen reicht hinten und vorne nicht, das Leben ist schlecht planbar, die Vereinbarkeit von Kinderbetreuungspflichten ist schwierig und die Abhängigkeit vom Partner verfestigt sich unfreiwillig. Da es vielfach keine Alternativen gibt, entsteht der Eindruck, dass Frauenarbeit noch weniger wert wird, weniger selbstbestimmt und weniger wichtig ist.

Was sich die betroffenen Frauen wünschen, ist jedoch

Frauen wollen eine langfristige Anstellung mit einem existenzsichernden Einkommen



Seit 100 Jahren wird am 8. März der Internationale Frauentag begangen, um mehr Gleichberechtigung von Frauen in einer männlich dominierten Welt zu erkämpfen.

ganz einfach: Sie wollen eine langfristige Anstellung mit einem existenzsichernden Einkommen, um ihre Zukunft eigenständig planen zu können und im Alter eine Pension, von der sie leben können. Das setzt voraus, dass

es mehr Vollzeitarbeitsplätze gibt und höhere Löhne. Dafür lohnt es sich, zu kämpfen. Der Internationale Frauentag hat einen wichtigen Stellenwert. Denn Empörung ist der erste Schritt zur Veränderung!

ZVP Zentralverband der Pensionisten
SPRECHSTUNDEN
MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz
E-Mail: zentralverband@gmx.at

0316/ 71 24 80 Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um **Pflegegeld**
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

Jeden DO. gemüthlicher Nachmittag im Volkshaus

SCHMUTZIGES GESCHÄFT GLÜCKSSPIEL

Suchtbericht: Spielsucht wegzensuriert

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) kritisiert die Komplizenschaft der Landesregierung mit Glücksspielbetreibern. Das Thema Spielsucht wurde einfach aus dem neuen Suchtbericht des Landes verbannt.

72 Seiten umfasst der bislang letzte Suchtbericht des Landes Steiermark für das Jahr 2007, davon beschäftigten sich 10 Seiten mit der Spielsucht und den daraus entstehenden Problemen. Nun liegt der Suchtbericht für die Jahre 2008 und 2009 vor: Das Thema Spielsucht kommt hier nicht mehr vor.

Eine dramatischen Entwicklung wurde im Bericht von 2007 angesprochen: 80.000 Steiererinnen und Steierer die Rede sind direkt oder indirekt von der Spielsucht betroffen sind.

Anstatt das Problem anzupacken wurde die Situation verschlechtert: Die Novelle des Glücksspielgesetzes in der Steiermark ermöglicht neue Glücksspiellokale mit 1000 neuen Spielautomaten. Nun darf eine unbegrenzte Anzahl



Statt Probleme zu bekämpfen setzt die Landesregierung auf Wegschauen.

an „Video Lottery Terminals“ betrieben werden, die sich in Sachen Suchtpotenzial nicht von anderen Spielautomaten unterscheiden. Durch eine Sonderregelung dürfen die alten Automaten noch bis Ende 2015 (!) weiter benutzt werden.

KPÖ-Landtagsabgeordnete

Claudia Klimt-Weithaler, kämpft für eine Einschränkung des „Kleinen Glücksspiels“: „Statt aus dem Kleinen Glücksspiel auszusteigen haben sich SPÖ und ÖVP darauf geeinigt, mittels politischer Zensur die Probleme einfach aus dem offiziellen Bericht zu verban-

nen.“ Die Probleme bleiben ungelöst, die Glücksspiellobby ungeschoren. „Die Landesregierung ist untätig geblieben und hat in Komplizenschaft mit den Automatenaufstellern beschlossen, Berichte über die Spielsucht nicht mehr zuzulassen“, so Claudia Klimt-Weithaler.

Müllproblem Plastiksackerl

6000 Tonnen Müll entstehen jährlich durch Plastiksackerl.

Pro Einkauf ein Sackerl – das ist eher normal als die Ausnahme zu sein. 6000 Tonnen Plastiksackerln verkauft oder verteilt der Einzelhandel jährlich an die Kunden. Die meisten landen am Müll – eine Vernichtung von wertvollen Ressourcen.

Die KPÖ hat im Landtag einen Vorstoß unternommen, um die Flut an Plastiksackerln

einzu-dämmen. Nach dem Vorbild von Frankreich und Italien sollen auch bei uns die Sackerln verboten werden. Um dieses Ansinnen durchzusetzen, soll derweil auf den Sackerln zu lesen sein, welche Ressourcen bei der Herstellung verbraucht werden und welche Inhaltsstoffe enthalten sind.

Vorerst soll im unmittelbaren Bereich des Landes ein Konzept zum Vermeiden von Plastikmüll entwickelt und umgesetzt werden. „Es geht darum, die Auswirkung des Plastikmülls

auf unsere Gesundheit festzustellen. Und wir müssen alternative Verpackungsformen entwickeln“,

sagt KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg. Eine Alternative sind Mehrwerttaschen und Sackerln aus kompostierbarem Biomaterial wie Kartoffelstärke.



RUNDFUNK- UND TELEFONGEBÜHREN Superteures telefonieren

Kommunikation ist ein Menschenrecht und oft eine Überlebensnotwendigkeit, etwa um einen Notruf abzusetzen. Daher bekommen Menschen mit kleinen Einkommen – diejenigen, die auch von der Rundfunkgebühr befreit sind, eine Befreiung von der Telefongebühr.

RUNDFUNK- UND TELEFONGEBÜHRENBEFREIUNG
Befreit sind Personen mit niedrigem Einkommen bis zu einer Grenze von € 888,61 für Alleinstehende und € 1.332,31 für Ehepaare.

hat für Kunden so teure Tarife. Fallweise gibts für das Geld 1000 Freiminuten in alle Netze, also 940 Minuten mehr als die GIS-Befreiten.

Wir von der KPÖ schlagen vor, den GIS-Befreiten die 13,81 direkt fürs telefonieren auszuzahlen, dann kann sich jede/r selbst einen günstigen Tarif suchen. Sonst fließt weiterhin sehr viel Geld, das eigentlich für soziale Schwache bestimmt ist, direkt in die Kassen der Mobilfunkanbieter.

Absurderweise kann man diese SIM-Karten auch aufladen, dabei sind die Preise wieder deutlich höher als bei allen anderen angebotenen Tarifmodellen.

Nach der Liberalisierung des Telefonmarktes erhalten GIS-Befreite auf Antrag die Möglichkeit, mit einer eigenen SIM-Card monatlich eine Stunde gebührenfrei zu telefonieren. Allerdings – wie auf dem Antrag im Anhang ersichtlich, erhalten die Netzanbieter dafür den Luxustarif von 13,81 Euro (23 Cent pro Minute).

Das ist ein völlig wahnwitziger Tarif, kein Anbieter

Vertra B.FREE SOCIAL Anmeldung

Hinweis: Mit B.FREE SOCIAL können Sie nicht alle B.FREE Zusatzdienste (wie z.B. B.FREE FRIENDS) nutzen. Nähere Details bekommen Sie unter der B.FREE Serviceline oder in einem unserer A1 SHOPS.

Der B.FREE SOCIAL Tarif ist bis zur Beendigung des im Bescheid angegebenen Zuschusszeitraumes gültig. Im B.FREE SOCIAL Tarif wird Ihnen monatlich ein Guthaben für 60 Gesprächsminuten (zur Zeit EUR 13,81) aufgeladen. Die erste Aufladung erfolgt am nächsten Monatsersten nach Anmeldung. Sie werden von der monatlichen Aufladung Ihres B.FREE SOCIAL Guthabens per SMS verständigt. Sollten Sie innerhalb eines Monats nicht das gesamte aufgebuchte Guthaben verbrauchen, steht das Guthaben auch in den darauffolgenden Monaten zur Verfügung. Ein nicht verbrauchtes Guthaben von A1 Telekom Austria im



Besser wäre ein Gutschein für Leute, die gebührenbefreit sind.

NICHT CHRISTLICH

Landtag beschließt Bettelverbot

„Armut schafft man nicht ab, indem man das Betteln verbietet“, sagt KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler angesichts des Bettelverbotes, das von SPÖ und ÖVP im Landtag beschlossen wurde. Gegen Missstände, die immer wieder vorgeschoben werden (Ausbeutung, Kinderarbeit), gebe es längst eine gesetzliche Handhabe.



In Graz protestierten trotz Regens hunderte Menschen gegen ein Bettelverbot.

Ticket in die Hölle

Keine Gnade für Landtagsabgeordnete...

... die Menschenrechte verletzen.

der steirische Landtag plant mit dem zum Beschluss vorgeschlagenen „Bettelverbot“ eine Verletzung grundlegender Normen menschlichen Zusammenlebens. Das Bettelverbot ist rassistisch, diskriminierend und leistet rechtsextremistischen Neigungen Vorschub. Wenn die Damen und Herren Abgeordneten schäbig und hartherzig sein wollen, dann sollen sie es sein. Aber es sollte es in diesem Land doch zumindest möglich sein, ums Leben zu bitten.

Ticket in die Hölle

Das jüngste Gericht kennt nur eine Rechtsvorschrift: „Weg von mir, ihr Verfluchten, in das ewige Feuer, das für den Teufel und seine Engel bestimmt ist! Denn ich war hungrig und ihr habt mir nichts zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir nichts zu trinken gegeben; ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich nicht aufgenommen; ich war nackt und ihr habt mir keine Kleidung gegeben; ich war krank und im Gefängnis und ihr habt mich nicht besucht.“ (Mt).

Jetzt werden die Damen und Herren Abgeordneten sagen: „Wir sind ja keine Christen, und schon gar nicht abergläubisch.“ Und sie werden Schutzbehauptungen erfinden, etwa dass Bettlerinnen oder Bettler gefährliche Verbrecher/innen seien. Aber vielleicht überlegt sich doch jemand, was sie da tun. Und vielleicht finden sich wenigstens zehn Gerechte, die da doch nicht mittun, weil es menschlich zu gefährlich ist.

Kinderurlaub bei Kinderland

Unsere Angebote für Kids stehen auch 2011 wieder unter dem Motto „Sommer, Sonne, Ferien: LOS!“

Wer Abenteuer und Abwechslung sucht und zwischen 6-15 Jahren ist, fühlt sich in unserem Feriendorf am Turnensee Kärnten (nahe Klopeinersee) wie zuhause.

Für alle Kinder zwischen 6-12 Jahren die es etwas ruhiger und familiärer wollen, ist unsere Kinderlandvilla „Richard Zach“ im Luftkurort St. Radegund der richtige Ort.

Es stehen 1-, 2- und 3-wöchige Turnusse zur Auswahl. Zuschussmöglichkeiten von Land, Stadt und BHs verringern die Turnuskosten oftmals um ein Vielfaches. Wir stehen Ihnen gerne in unserem Ferienbüro am Mehlplatz 2 (Schubertkino) im 2. Stock oder unter 82 90 70 oder unter office@kinderland-steiermark.at zur Verfügung.

Spezialangebote Feriendorf:

Wer sich noch nicht so recht alleine 14 Tage in die Ferien fahren traut, aber dennoch mal mit Freunden „abhängen will“ ist in der einwöchigen Actionwoche gut aufgehoben, denn bei täglichen Angeboten wie Klettergarten, Jungleswing, Zelten oder Schlauchraften vergeht die Zeit im Nu. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich unsere Reitwochen, auch bei Burschen. Durch den Umgang mit den Islandponys lernen die Kinder nicht nur Reiten sondern auch Verantwortung für ein Tier zu übernehmen. Mehlplatz 2, 8010 Graz, 0316/829070 www.kinderland-steiermark.at

Ferienziel 1:

Das FERIENDORF am Turnensee in Kärnten (nahe dem Klopeinersee)

Turnusse: 10.7. – 20.8.2011 (ab € 255,-) – **Zuschussmöglichkeiten!!!**

Für Kinder von 6 – 15 Jahre

Erlebnisturnusse: 1-wöchig, 2-wöchig oder 3-wöchig

Spezialwochen: Actionwochen, Reitwochen (1-wöchig)

Kombinationen mit Erlebnisturnussen möglich!

Ferienziel 2:

Die RICHARD-ZACH-VILLA in St. Radegund bei Graz

Turnusse: 16.4. – 22.4.2011 Osterwoche (€ 159,-) **Zuschussmöglichkeiten!!!**

Turnusse: 17.7. – 30.7.2011 Sommerferien (ab € 238,-) **Zuschussmöglichkeiten!!!**

Für Kinder von 6 – 12 Jahre
1-wöchig oder 2-wöchig

kinderland
Steiermark

für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren

Sommer, Sonne, Ferien: Los!

1-2 oder 3
Wochen möglich!

St. Radegund am Schöckel
vom 17. Juli bis 30. Juli

Feriendorf Turnensee
vom 10. Juli bis 21. August

Auskunft und Anmeldung:

kinderland
Steiermark

Mehlplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10

1 STOPPT die ARMUT!

Reichtum umverteilen!

.MAI 2011 Gemeinsame DEMONSTRATION in Graz
Ab 14 Uhr MAIFEST im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a **KPÖ**

Wussten Sie, dass ...

... die ÖBB sukzessive die WCs in kleineren Bahnhöfen schließt und frech behauptet, es sei nicht Aufgabe der ÖBB, Sanitäreinrichtungen zu betreiben. Auch das Angebot an Zugverbindungen wird verschlechtert. Am Koralmtunnel baut man zwar weiter, hat sich aber bestätigen lassen, dass das daraus resultierende Defizit der Staat trägt und nicht der ÖBB angelastet werden darf.

... eine ausreichende Zufuhr an Flüssigkeit lebenswichtig ist, da Wassermangel im geringsten Fall zu einer Verminderung der Leistungsfähigkeit führen kann. Das gilt besonders für Schulkinder, um die Konzentrationsfähigkeit während des Unterrichts zu gewährleisten. Die KPÖ hat sich im Landtag für eine gesunde Trinkversorgung der Kinder eingesetzt.



BUCHTIPP:

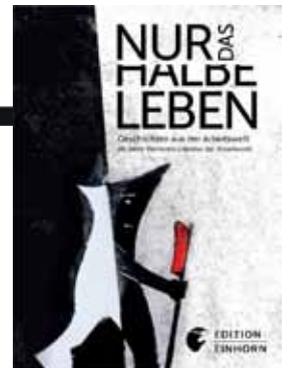
Anlässlich „40 Jahre Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“ gab der „Werkkreis“ ein Buch mit dem Titel „Arbeit ist nur das halbe Leben“ heraus.

Der Werkkreis existiert seit 1970 und wurde von Autoren wie Max von der Grün, Günter Wallraff und August Kühn ins Leben gerufen. Damals wie heute gilt für die Autoren des Werkkreises: Literatur ist nicht nur etwas für Literaten. Das Werkkreis-Motto: „Ganz gleich, ob du am Fließband stehst oder am Bürotisch sitzt, ob du im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft arbeitest, ob du den Haushalt führst, Kinder erziehst oder zwangsweise arbeitslos bist – Kollege(in) schreib das auf“, ist unveränderlich aktuell.

Solange es Lohnarbeit gibt, kann Arbeit nicht positiv erlebt und daher auch nicht positiv beschrieben werden.

Ein Textausschnitt aus der Erzählung „Stramms letzte Liebe“ von Werner Lang: „... Am ersten Tag sah er noch alles wie von außen. Das Werk war in seinen Augen eine riesige Maschine. Menschen und Dinge waren aufeinander genauestens abgestimmt. Nach der Berufsschulzeit war Stramm erfolgreich automatisiert. Er sah sich nur mehr als ein Teil der Fabrik. (S. 140)“.

„Nur das halbe Leben“- Geschichten aus der Arbeitswelt; Verlag: Edition Einhorn; München; Herausgeber: Werkkreis Literatur der Arbeitswelt; Gabi Anders, Markus Dosch, Sophie Michel, Rüdiger Stüwe, Dr. Artur Rümmler; ISBN 978-3-939004-16-5; 2010, EUR 9,80



Veranstaltungen im KPÖ Bildungsverein, Volkshaus Graz, Lagergasse 98a



Freitag, 25. März, 19 Uhr
Roter Freitag: **Allgemeine Wehrpflicht, EU-Kampfgruppen und Neutralität**
Karl-Drews-Klub, Lagergasse 98a, Graz

Dienstag, 29. März, 19 Uhr
Vernissage: **„Free the Five“** mit der kubanischen Botschafterin

Dienstag, 5. April, 19 Uhr
Slowenien für Linksabbieger.
Ein alternativer Reisebericht von Ernest Kaltenegger



Freitag, 8. April, 19 Uhr
Film und Diskussion: **Stuttgart steht auf!**

OFFENES TREFFEN KPÖ-Oststeiermark

Jeden ersten Freitag im Monat
ab 19 h beim Dorfwirt (Gölles)
in Flöcking bei Gleisdorf.

REISE:

Zentralverband der Pensionisten

Baška, Insel KRK

13. bis 18. Juni 2011



6-Tages-Fahrt mit Halbpension

€ 295,- pP im Doppelzimmer

Anmeldungen unter

Tel. 0316/71 24 80

E-Mail: zentralverband@gmx.at



BIBLIOTHEK

Katalog der Bibliothek
des KPÖ-Bildungsvereins:
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at/bibliothek.phtml> oder unter
<http://www.bibliotheken.at/>



Weitere Informationen zu Veranstaltungen und Bestellung von Büchern und Broschüren:
KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus
Graz • Lagergasse 98a
Tel. (0316) 22 59 31 oder 22 59 32
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

Josef Martin Presterl: Skizzen aus dem Widerstand

Im Schatten des Hochschwab

1947 geschrieben, jetzt erstmals erschienen:
Josef Martin Presterls
Buch über die Befreiung

Anfang Mai 1945 kursierten in Graz Flugblätter, auf denen stand, dass die Rote Armee in Wien sei und es nun an den Grazern liege, den „Befreiungskampf mit allen Mitteln und mit allen Kräften zu unterstützen, wo immer es geht. Unsere Pflicht ist es, selbst das Unsere beizutragen, das Nazijoch abzuschütteln. ... Soldaten! Desertiert in Massen mit euren Waffen und sammelt euch zum Kampf für ein freies Österreich. Arbeiter und Arbeiterinnen! Sabotiert alle Anordnungen der Partei, dann handelt ihr als aufrechte Österreicher und gute Steirer. Der Endkampf gegen die blutige Nazityrannei hat begonnen und wir wollen unseren Brüdern in Wien und Niederösterreich durch Taten beweisen, dass wir in diesem heiligen Freiheitskampf für unser Land und unser Volk hinter ihnen nicht zurückstehen.“

Zu finden ist dieses Flugblatt der in Graz aktiven Steirischen Kampfgemeinschaft in dem 1947 verfassten, aber erst jetzt erschienenen Buch „Im Schat-

ten des Hochschwab“; Skizzen aus dem steirischen Widerstand von Josef Martin Presterl, dem ehemaligen Spanienkämpfer, Journalisten und Schriftsteller aus Graz.

Dass das Buch erst jetzt veröffentlicht wurde, liegt daran, dass Presterl im Oktober 1947 in Jugoslawien wegen angeblicher Gestapo-Agententätigkeit und Sabotage des jugoslawischen Aufbaus festgenommen wurde. Gemeinsam mit ihm wurden führende jugoslawische Funktionäre und Direktoren – allesamt ehemalige Spanienkämpfer und Häftlinge des KZ Dachau – im „Dachauer-Prozess“, einem „titoistischen“ Schauprozess, im April 1948 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Widerstandsgruppen

Die mit über 60 Jahren Verspätung erschienene Abhandlung über den steirischen Widerstand gibt einen Überblick über Widerstandsgruppen in der Steiermark, wie die in und um Leoben tätige Partisanengruppe der Österreichischen Freiheitsfront, die Koralmpartisanen und die Steirische Kampfgemeinschaft in Graz.

Letzere wurde im Spätherbst 1944 von Ferdinand Kosmus, Adelheid Kovaci, Josef Mayer und Hans Müller, dem Sohn des Besitzers des Kaufhauses „Moden Müller“, und anderen gegründet. Ihr gelang es, Verbindungen in die großen Grazer Betriebe (Puchwerke, Waggonfabrik, Andritzer Maschinenfabrik, Gas- und E-Werk, Post, Straßenbahnen) herzustellen und Verbindungen ins Polizeirevier und zum Wehrbezirkskommando aufzubauen, von wo auch Ausweispapiere organisiert wurden, mit denen Fahnenflüchtige versorgt wurden.

Murbrücken gerettet

Die Gruppe produzierte im April und Mai 1945 mehrere Flugblätter, die sich an die Zivilbevölkerung, aber auch an die Soldaten und Volkssturmmänner richteten und diese aufforderten, nicht mehr an die Front zu gehen und sich statt dessen der Kampfgemeinschaft anzuschließen. Im Mai 1945 war sie auch dafür verantwortlich, dass die Brücken über die Mur nicht wie vorgesehen vor der näher rückenden Roten Armee

gesprengt wurden. Außerdem übernahmen die Kampfgemeinschaft in verschiedenen Grazer Betrieben kurz vor Kriegsende die Macht und sicherte diese vor Zerstörungen.

www.clio-graz.net



BUCHTIPP: Presterl, Josef Martin: Im Schatten des Hochschwab. Skizzen aus dem steirischen Widerstand. Herausgegeben und eingeleitet von Heimo Halbrainer und Karl Wimmmler. 376 Seiten. CLIO: Graz 2010 (ISBN: 978-3-902542-09-0), Euro 18,00

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme,
Landhaus, Herrengasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Ein Dank an die KPÖ ist lange fällig!

Vor gut zwei Jahren habe ich mich für eine Bekannte, die in Not geraten war, an die Caritas und die KPÖ gewandt. Es ging um den Hilferuf einer alleinerziehenden Mutter, die als Kellnerin in den Wintermonaten immer wieder Arbeitslosengeld beanspruchen musste. Da sie mit zwei Monatsmieten im Rückstand war, stand sie vor der Delogierung.

Durch Ihre Hilfe und die der Caritas konnte dies verhindert werden. Die Frau hat sich inzwischen finanziell erholen können. Zwei ihrer Kinder haben die Lehre abgeschlossen, sie selbst hat einen besseren Job, und die Hoffnung ist berechtigt, dass sie nie wieder in so eine Situation kommen wird.

Sie haben sehr geholfen.
DANKE!

Christine Schafschetzy-
Kisovic, Greisdorf

Weltbank warnt

Die Zahl der hungernden

Menschen ist von Juni 2010 bis Jänner 2011 um 44 Millionen gestiegen. Besorgniserregend seien vor allem die Preise für Weizen und Mais. Weizen, in vielen Ländern Zentralasiens das Hauptnahrungsmittel, kostet im Vergleich zum Sommer jetzt nahezu doppelt so viel. Mais ist um mehr als 70 Prozent teurer. Auch die Preise für Zucker und Sojabohnen steigen seit Monaten stetig.

Mary Robinson, ehemalige UN-Hochkommissarin sagt: „Ich werde oft gefragt, was die schwerste Menschenrechtsverletzung unserer Zeit ist, und meine Antwort ist immer dieselbe: extreme Armut“. Bei 1.000 Millionen Hungernden besteht sehr, sehr großer Handlungsbedarf. Die Verteidigung und Wahrung der Menschenrechte soll als Mission verstanden werden, die für jeden Menschen auf diesem Planeten gilt. Leider werden trotz vieler aufrichtiger Bemühungen, die Zahl der Hungernden immer mehr. Ing. H. Schober, Weiz

Erste „Schlager-Nacht für Tiere“

Am Samstag, dem 26. März 2011
um 20.00 Uhr in Graz
Brauhaus Puntigam/Panthersaal

Moderator: Werner Ranacher



Mitwirkende Künstler,
bekannt durch Radio und Fernsehen:

Christa Fartek
Elisabeth Moser-Hold
Elena Marie
Mike Werner
Marco Schelch

Marc Andrae
Leon Cortez
Andre Jan
Peter Reicher

Eintritt: Freiwillige Spende - geht auf das Spendenkonto der Peter Reicher-Tour de Lourdes-Mission zu Gunsten des Steirischen Landstierschutzvereins. Spendenkonto: Steiermärkische Sparkasse, BLZ 20815, Kontonr.: 00001-903509

Tischreservierung unter 0316/ 297100 im Brauhaus Puntigam



Die Volksstimme kostenlos bestellen!

Durch den Verlust von zwei Landtagsmandaten und Einsparungen bei der steirischen Presseförderung kann die Volksstimme nur noch seltener erscheinen und an weniger Haushalte versendet werden. Für uns ist aber INFORMATION über die Landespolitik Programm. Wir senden Ihnen gerne unsere Informationsblätter kostenlos und unverbindlich zu.

Ich möchte:

Die steirische Volksstimme und die Landtags-Informationen der KPÖ

Das Programm des KPÖ-Bildungsvereins

regelmäßig zugesendet bekommen.

Gedanken und Anregungen:

Name:

Adresse:



An die

Steirische
Volksstimme

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrengasse 16
8010 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08

E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

Steirische
Volksstimme

Impressum: Medieninhaber: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.

Tel. 0316 / 877-5102

Fax 0317 / 877-5108

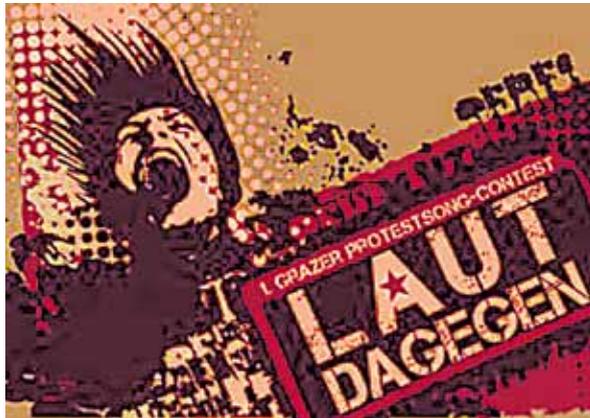
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.





RED:OUT, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Parteigruppe der KPO Steiermark, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube in Graz, Klosterwiesgasse 2 zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!



Grazer Protest-Songcontest

<http://kjoe.at/laut-dagegen/>

Am 25. März 2011 werden die provokantesten und originellsten Lieder im Club Wakuu (Hans-Sachs-Gasse 12, Graz) ausgewählt.

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. **KPO** wirkt!
Mit Rat und Tat!

Wir beraten Sie gerne.

Tel. Anmeldung erbeten. **Graz, Landhaus**

Die EU kommt uns zu teuer!



Wir veröffentlichen **kostenlos Ihre Kleinzeige:**
Steirische Volksstimme,
Lagergasse 98a, 8020
Graz, Fax 71 62 91
volksstimme@kpoe-steiermark.at

AMSEL- Für Arbeitslose

Möglichkeit für Menschen ohne Arbeit, sich mit ihresgleichen auszutauschen

0681 / 102 703 42

AMSEL-Hotline für arbeitslose Menschen in Bedrängnis!

<http://www.amsel-org.info>

www.linkewoche.at



linkeWoche



Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf

neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgenden Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.

TIERECKE



Sunny ist ein kastr. Schäfer-Mischling, geb. 2009. Braucht einen Hundekenner mit Garten mit Zaun.



Lucy ist eine sterilisierte Wohnungskatze (geboren im Aug. 2008).



60 Farbmäuse suchen neue Plätze, durch eine Zwangsdelogierung bekommen wir sie ins Heim. Sind unkompliziert zu halten!



Bobo ist ein Dobermann Husky Mischling, Rüde, 5 Jahre, kastr. und braucht einen Hundekenner.



Dewey ist ein ca. 2,5 Jahre alter, sehr freundlicher und menschenbezogener Pit Bull Terrier.



Salem ist ein wunderschöner, großer Kater, kastr., 1,5 Jahre und sehr verschmust.



AUFRUF der Plattform 25 zur DEMONSTRATION gegen das Landesbudget

Die steirische Landesregierung drastischen Kürzungen im Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Kulturressort durchführen. Dabei haben viele Betroffene bereits einen hohen Preis für die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre zahlen müssen. Die geplanten 25 % Kürzungen treffen jene am härtesten, die auf eine Unterstützung durch die Politik am meisten angewiesen wären. Einige der Maßnahmen:

- Kürzung der Wohnbeihilfe
- Streichung der Pendlerbeihilfe
- Kürzung der Mittel für Menschen mit Behinderung
- Einführung von Kindergartengebühren
- Kürzung der Mittel in der Kinder- und Jugendarbeit und -wohlfahrt
- Existenz bedrohende Kürzungen bei zahl- reichen Sozial- und Kulturinitiativen
- Wiedereinführung der Rückzahlungspflicht (Regresses) für Angehörige bei Pflegekosten
- Einführung des Regresses für Angehörige bei Mindestsicherung
- Weniger Geld (16%) durch Mindestsicherung statt Sozialhilfe
- Weniger Geld (16%) durch Mindestsicherung statt Sozialhilfe
- Weitere soziale Verschlechterungen

Während für Prestigeprojekte und Spektakel riesige Summen ausgegeben werden, werden in anderen Bereichen tausende Arbeitsplätze vernichtet und Existenzen zerstört. Viele Steirerinnen und Steirer werden allein durch das Belastungspaket der Landesregierung in die Armut gedrängt.

Geld ist genug da!

Stattdessen wäre es nötig, endlich

- von Eventpolitik, Prestigeprojekten und Konzernförderungen abzurücken und
- eine sozial gerechte Besteuerung großer Vermögen und Finanztransaktionen durchzusetzen.

Der Wohlstand ist in Österreich ungerecht verteilt.

Freitag, 25. März 2011, 15:00 Uhr, Treffpunkt: Südtirolerplatz, Graz
www.plattform25.at

Es reicht! für alle



**Fair teilen
statt kürzen**

DEMONSTRATION

Die KPÖ Steiermark unterstützt diesen Aufruf der Plattform 25. Die Plattform 25 wird von über 370 Organisationen und Betriebsratskörperschaften aus den betroffenen Bereichen unterstützt.

Graz Fr. 25.3.2011 – 15:00 Uhr

Initiative der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!
Info Tel. 0316 / 875 5101

www.mindestsicherungsrechner.at

KPÖ

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler

